

# Gefährliche Abhängigkeit

Die Deepwater-Horizon-Katastrophe und Amerikas Ölförderung

Stormy-Annika Mildner und Gitta Lauster | **Fast ein Drittel der amerikanischen Rohölproduktion stammt aus der Offshore-Förderung, der Großteil aus dem Golf von Mexiko. Doch auch die Katastrophe der Deepwater Horizon wird nicht das Ende des Ölzeitalters einläuten: Zu groß ist die Abhängigkeit, ein schneller Wandel in der Klima- und Energiepolitik ist nicht zu erwarten.**

„Wir werden nicht eher ruhen, bis wir Gerechtigkeit haben“ – mit diesen Worten kündigte die US-Regierung Anfang Juni Ermittlungen gegen den Energiekonzern BP an.<sup>1</sup> Wenige Tage später widmete Präsident Barack Obama seine erste Rede aus dem Oval Office ganz dem Thema Öl und erneuerbaren Energien. Die Ölpest habe gezeigt, dass die Zeit reif sei, eine saubere Energiezukunft anzugehen. Obama bezeichnete die grüne Wende als eine „nationale Mission“, vergleichbar mit dem Mondprogramm. Die langfristigen Kosten fossiler Brennstoffe für die Volkswirtschaft, die nationale Sicherheit und die Umwelt seien zu hoch.<sup>2</sup>

Die USA stehen vor der größten Ölkatastrophe in ihrer Geschichte, größer noch als die Tankerhavarie der Exxon Valdez vor der Küste Alaskas (1989), als insgesamt rund 250 000 Barrel Öl (etwa 41 Millionen Liter) ins Meer flossen.<sup>3</sup> Seitdem die Explorationsplattform Deepwater Horizon am 20. April zunächst explodierte und wenige Tage darauf sank, könnten offiziellen Schätzungen zufolge pro Tag zwischen 35 000 und 60 000 Barrel Öl ins Meer geflossen sein (5,6 Millionen Liter bis 9,5 Millionen Liter).<sup>4</sup> Die Schätzungen werden fast täglich nach oben korrigiert. Der Unfall ereignete sich knapp 70 Kilometer vor der Küste Louisianas im Golf von Mexiko; gebohrt wurde in rund 1500 Metern Tiefe unterhalb der Wasseroberfläche.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Zitiert in: „US-Behörden ermitteln gegen BP“, Managermagazin, 2.6.2010.

<sup>2</sup> The White House, Remarks by the President to the Nation on the BP Oil Spill, 15.6.2010.

<sup>3</sup> Alaska Oil Spill Commission, Final Report. SPILL. The Wreck of Exxon Valdez, 1990, <http://www.arlis.org/docs/vol1/B/33339870.pdf>.

<sup>4</sup> U.S. Scientific Team Draws on New Data, Multiple Scientific Methodologies to Reach Updated Estimate of Oil Flows from BP's Well, 15.6.2010, <http://www.deepwaterhorizonresponse.com/go/doc/2931/661583/>.

<sup>5</sup> Thomson Reuters Foundation, Timeline – Gulf of Mexico Oil Spill, 7.6.2010, <http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/N03223262.htm>.

Die ökonomischen Folgekosten der Deepwater-Horizon-Katastrophe werden hohe zweistellige Milliardenbeträge erreichen – von den Kosten für die Ökosysteme ganz zu schweigen. Schätzungen zufolge könnten Schadenersatzprozesse und Aufräumarbeiten BP bis zu 37 Milliarden Dollar kosten. Die Versicherungsindustrie rechnet mit Ausfällen in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar. Der Fischereiindustrie in Louisiana drohen ähnlich hohe Verluste; die Schäden für die Tourismusbranche entlang der Golfküste Floridas könnten sich auf drei Milliarden Dollar summieren. Besonders hart getroffen wurden Louisiana, Mississippi und Georgia, einige der ärmsten Bundesstaaten der USA. Einer Umfrage von CBS News zufolge befürworten daher mittlerweile nur noch 40 Prozent der Befragten die Offshore-Ölförderung; im August 2008 lag dieser Anteil noch bei 62 Prozent. 51 Prozent sind heute der Meinung, dass die Risiken zu hoch seien.<sup>6</sup> Die Obama-Regierung kündigte drakonische Strafen für BP an; das Unternehmen soll für alle (ökologischen und ökonomischen) Schäden aufkommen. Bis die Regierung neue Sicherheitsstandards erlassen hat, will sie keine neuen Förderlizenzen für Bohrungen in der Tiefsee vergeben.

Einige Beobachter prognostizieren mit dem Schlagwort „Öl-Tschernobyl“ das Ende des Ölzeitalters

Einige Beobachter nehmen dies zum Anlass, um mit dem Schlagwort „Öl-Tschernobyl“ das Ende des Ölzeitalters zu prognostizieren.<sup>7</sup> Sicherlich wird es in Zukunft strengere Regulierungen für die Förderung in US-Gewässern geben. Es wäre nicht das erste Mal, dass die US-Regierung nach einer solchen Katastrophe die Zügel straffer zieht. Als Antwort auf die Havarie der Exxon Valdez verabschiedete der Kongress schließlich den Oil Pollution Act of 1990. Auf den größten Atomunfall in der Geschichte der USA im Atomkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg in Pennsylvania (1979) folgten zahlreiche neue Sicherheitsvorschriften. Doch genauso wenig wie die Tankerunfälle zu einem Verbot von Öltransporten führten, Unglücke in Bergwerken ein Ende der Kohleförderung bedeuteten oder die USA die Kernenergie aufgaben, wird sicherlich auch nach der Deepwater-Horizon-Katastrophe weiterhin Offshore-Öl gefördert werden. Die USA sind abhängig vom Öl und werden es auch noch eine Zeit lang bleiben.

## Die Suche nach den Schuldigen

Wer hat Schuld an der Katastrophe? Seit dem Untergang der Ölplattform mussten die verantwortlichen Unternehmen dem Kongress in unzähligen Anhörungen Rede und Antwort stehen. Der Betreiber der Deepwater Horizon war das Unternehmen Transocean, Auftraggeber für die Bohrung war BP; zuständig für Zementarbeiten an dem Bohrloch war die Firma Halliburton. Keines der Unternehmen will verantwortlich gewesen sein, und der schwarze Peter wird hin und her geschoben.

<sup>6</sup> Poll: Majority Now Opposes More Offshore Drilling, CBS News, 4.6.2010, <http://current.com/1725o4c>.

<sup>7</sup> Melanie Amann und Winand von Petersdorff: Das Tschernobyl des Öl-Zeitalters?, FAZ.net, 6.6.2010; Michael Gassmann: Das Öl-Tschernobyl, Financial Times Deutschland, 7.6.2010, <http://www.ftd.de/politik/deutschland/:super-gau-das-oel-tschernobyl/50123703.html>.

Die Bilanz der Untersuchungen ist niederschmetternd: Laut eigenen Aussagen hatte BP mit einer Katastrophe in diesem Ausmaß nicht gerechnet. Im Umweltgutachten für die Deepwater-Horizon-Bohrung an die zuständige Regulierungsbehörde, den Minerals Management Service (MMS), hatte das Unternehmen die Risiken als minimal beziffert. Man glaubte an die eigene Technologie, trotz der unwirtlichen Bedingungen der Tiefsee – der Dunkelheit, dem hohen Druck, der Kälte des Wassers und der Hitze des Öls. BP-Chef Tony Hayward gab zu, dass dem Unternehmen daher auch nicht die nötigen technischen Mittel zur Verfügung gestanden haben, um ein solches Unglück in den Griff zu bekommen. Nicht alle Beobachter glauben jedoch an eine Kette von unglücklichen Zufällen, wie sie BP darstellt. Mittlerweile mehren sich die Hinweise, dass alle drei Unternehmen ganz bewusst Risiken in Kauf genommen haben. Vor allem BP ist wiederholt durch seinen laxen Umgang mit Sicherheitsstandards aufgefallen: Im März 2005 explodierte eine BP-Raffinerie in Texas City; im August 2006 musste BP eine marode Ölpipeline in Alaska vom Netz nehmen. Im März 2010 kam es erneut zu Problemen mit einer Pipeline in Alaska.

Doch nicht nur auf der Ölplattform wurde grob fahrlässig gehandelt, die Deepwater-Horizon-Katastrophe ist vor allem auch das Ergebnis von Regulierungsversagen. Obwohl es laut Behördenberichten zwischen 2001 und 2007 1443 gravierende Unfälle bei Bohrungen vor der Küste gab, sah die Regierung

scheinbar keine Notwendigkeit für strengere Auflagen und Kontrollen für Tiefseebohrungen. Man verließ sich auf die Selbstregulierung der Industrie mit der Begründung, dass sich die besten Techniker ohnehin nicht in den Behörden, sondern in der Industrie selbst befänden.<sup>8</sup> So genehmigte der MMS die Deepwater-Horizon-Bohrung im Golf von

Die Liste der Probleme ist lang: fahrlässiges Verhalten, Regulierungsversagen, Bestechung und Korruption

Mexiko, ohne eine umfassende ökologische Folgekostenanalyse vorzunehmen. Die Ausnahme vom umfangreichen (zumindest auf dem Papier obligatorischen) Prüfungsprozess war BP gewährt worden, nachdem vorangegangene Studien der Offshore-Förderung von BP in der Tiefsee ein minimales Unfallrisiko attestiert hatten. Auch Routineinspektionen wurden vernachlässigt – mit fatalen Folgen. In den zahlreichen Anhörungen im Kongress wurde zudem deutlich, dass es einen grundlegenden Makel im Design des MMS gibt: Er ist sowohl für die Vergabe von Lizenzen, die Erhebung von Gebühren und die ökologische Kosten-Nutzen-Analyse zuständig. Dadurch können Interessenkonflikte entstehen, und nicht selten wurden die Sicherheitsrisiken zugunsten von Gewinnen ignoriert. Doch dies war nicht das einzige Problem. Mittlerweile wurden Fälle von Bestechungen und Korruption bekannt. Bereits in einem Untersuchungsbericht des Innenministeriums aus dem Jahr 2008 war auf ethisch nicht vertretbare Kontakte zur Ölindustrie hingewiesen worden.

An der Katastrophe selbst trägt Obama sicherlich keine Schuld; dafür müssen sich seine Vorgänger verantworten. Allerdings muss sich die Administra-

---

<sup>8</sup> BP: Deepwater Horizon – Desaster der Öllobby, Lobby Control, 27.5.2010, <http://www.lobby-control.de/blog/index.php/2010/05/bp-deepwater-horizon-desaster-der-ol-lobby/>.

tion dem Vorwurf stellen, nicht zügig genug gehandelt zu haben, um mit den lange bekannten Problemen im MMS aufzuräumen. Da hilft es wenig, dass Obama jüngst versprach, das „behagliche Verhältnis“ zwischen den staatlichen Regulierern und der Ölindustrie ein für allemal zu beenden.

### Obamas Krisenmanagement

Bislang hat Obama zwar bessere Noten für sein Krisenmanagement von der Bevölkerung bekommen als George W. Bush 2005 nach Hurrikan Katrina, doch besonders gut schneidet auch er nicht ab: Laut einer Umfrage der Associated Press (15. Juni 2010) sind 52 Prozent der befragten US-Bürger der Meinung, dass die Regierung nicht genug getan habe; nur 45 Prozent glauben, dass das Krisenmanagement ausreicht.<sup>9</sup> Dieser Eindruck kann leicht entstehen, da die Federführung am Unfallort BP hat; der Regierung fehlen schlichtweg die notwendigen Technologien, um selbst im Golf tätig zu werden und das Leck zu schließen. Doch vor allem hat Obama einige schwerwiegende Strategiefehler begangen: Anstatt am Gedenkgottesdienst für die bei der Katastrophe umgekommenen Arbeiter teilzunehmen, reiste er zu einem Fundraising-Termin der demokratischen Senatorin Barbara Boxer nach Kalifornien. Obama zeigte sich in seinem Krisenmanagement gewohnt kühl und rational, doch wenig emotional; in der Golfregion selbst war er kaum präsent. Das nahmen ihm die Amerikaner übel.

Dabei hat der Präsident recht schnell auf die Katastrophe reagiert, seine Bilanz ist nicht schlecht – auch wenn es BP immer noch nicht gelungen ist, das Leck zu schließen. Der Katastrophenplan der Administration umfasst drei Komponenten: Eindämmung der unmittelbaren ökologischen Auswirkungen, Untersuchung der Ursachen des Unfalls und Reform der Regulierungsstrukturen. Noch am Tag der Katastrophe wurde eine Krisenzentrale eingerichtet, in dem die Regierungsbehörden eng mit BP zusammenarbeiten. Mittlerweile helfen 22 000 Einsatzkräfte im Golf von Mexiko und an den Küsten bei der Bekämpfung der Ölpest, 2600 Schiffe sind im Einsatz. Der MMS begann sofort, auch die anderen Ölplattformen vor den US-Küsten zu überprüfen. Wenig später verhängte Obama ein temporäres Moratorium auf die Vergabe neuer Förderlizenzen, das er Ende Mai für Tiefseebohrungen und zwei Gebiete vor der Küste Alaskas, die Beaufort Sea und die Chukchi Sea, um sechs Monate verlängerte. Innenminister Ken Salazar führte nicht nur einen neuen Ethikkodex für den MMS ein; die Behörde soll zerschlagen werden, um Interessenkonflikte zu beseitigen. In Zukunft sollen Bohrgenehmigungen, die Kontrolle und die Erhebung von Fördergebühren streng voneinander getrennt behandelt werden.

Die Amerikaner verübeln dem Präsidenten, dass er in der Golfregion kaum präsent war und wenig Emotionen zeigte

Zudem soll BP für sämtliche entstandene Schäden haftbar gemacht werden. Zwar muss der Konzern nach geltendem US-Recht für die Reinigung der verschmutzten Gewässer aufkommen. Für darüber hinausgehende Schadensan-

<sup>9</sup> The AP-GfK POLL, 15.6.2010, [http://www.ap-gfcpoll.com/pdf/AP-GfK % 20Poll % 20June % 20Topleveline % 20Release % 20202.pdf](http://www.ap-gfcpoll.com/pdf/AP-GfK%20Poll%20June%20Topleveline%20Release%20202.pdf).

sprüche galt bislang jedoch eine Haftungsgrenze von 75 Millionen Dollar. Forderungen, die diese Grenze überschreiten, werden aus dem staatlichen Oil Spill Liability Trust Fund bezahlt – wenn das betroffene Unternehmen keine Gesetzesmissachtet hat. Damit BP genügend Geld zur Verfügung hat, um die Schadensansprüche auch tatsächlich zu begleichen, soll es schon jetzt 20 Milliarden

Derzeit leitet die Regierung zivil- und strafrechtliche Ermittlungen gegen BP ein

Dollar in einen unabhängigen Entschädigungsfonds einzahlen. Elf Bundesstaaten an der Ostküste kündigten unterdessen an, selbst gegen BP vorzugehen und den Konzern für alle Schäden zur Rechenschaft zu ziehen, die das Öl an ihren Küsten verursacht. Derzeit führt die US-Regierung zivil- und strafrechtliche Ermittlungen gegen BP durch. US-Justizminister Eric Holder prüft, ob das Unternehmen nicht nur verantwortungslos gehandelt, sondern auch gegen US-Gesetze verstoßen hat. Unterstützung erhält er von einer unabhängigen Kommission, die die Ursachen der Katastrophe untersucht.

Um für zukünftige Krisen besser gewappnet zu sein, will die Regierung den staatlichen Oil Spill Liability Trust Fund deutlich aufstocken. Dieser Fonds speist sich aus Abgaben auf die Ölförderung; acht Cent erhob die Regierung bislang auf jedes Barrel Öl. Die Abgaben pro Barrel sollen sich auf 34 Cent rund vervierfachen, wodurch in den nächsten zehn Jahren bis zu zwölf Milliarden Dollar in den Fonds fließen würden. Während das Repräsentantenhaus bereits Ende Mai für höhere Gebühren stimmte, steht eine Entscheidung im Senat noch aus. Diskutiert werden dort sogar 41 Cent pro Barrel. Überdies soll es für Tiefseebohrungen zukünftig keine Haftungsgrenze mehr geben, da diese Risikokalkulationen in der Industrie verzerrt hat, so die Regierung.

### Das Ende des Ölzeitalters?

Doch wird Obama die Offshore-Förderung verbieten? Wohl eher nicht. Von den knapp fünf Millionen Barrel Rohöl, die die USA pro Tag produzieren, stammt fast ein Drittel aus Offshore-Förderung, der Großteil aus dem Golf von Mexiko. Zudem wird die Offshore-Förderung bei jährlichen Wachstumsraten von 2,3 Prozent gegenüber anderen Ölquellen (0,5 Prozent jährliches Wachstum) weiter an Bedeutung gewinnen.

Öl aus der Tiefsee ist attraktiv. Aktuell befinden sich im Golf von Mexiko 3442 aktive Förderplattformen, die meisten davon in flachen Gewässern von bis zu 200 Metern Tiefe (3380). In den vergangenen Jahren hat allerdings auch die Fördertätigkeit in Tiefengewässern (deepwater: mehr als 200 Meter unter der Meeresoberfläche) deutlich zugenommen. Darunter fallen auch die Aktivitäten der Deepwater Horizon. Allein zwischen 2008 und 2009 wuchs die Ölproduktion in Tiefengewässern sprunghaft um 46,7 Prozent. Im Golf von Mexiko stammen rund 80 Prozent des geförderten Öls aus der Tiefsee; die Produktivität in den flachen, küstennahen Gewässern nimmt rapide ab. Die großen unentdeckten, technisch abbaubaren Ölreserven befinden sich nicht auf dem Land, sondern im Meeresboden. Experten des MMS schätzen Offshore-Reserven auf 66,6 bis 115,1 Milliarden Barrel, der Löwenanteil davon liegt mit 52 Prozent im Golf von Mexiko; zwölf Prozent entfallen auf das Outer

Continental Shelf (OCS) des Pazifik, vier Prozent auf das OCS des Atlantik und rund 31 Prozent auf das OCS Alaskas. Einnahmen aus bundesstaatlich lizenzierten Offshore-Förderaktivitäten (Öl und Gas) summierten sich 2009 auf knapp sechs Milliarden Dollar – willkommene Einnahmen der Bundesregierung angesichts der prekären Haushaltslage. Schließlich ist die Ölindustrie Arbeitgeber für zwei Millionen Beschäftigte.

Darauf werden die USA nicht verzichten können. Entsprechend betonte Innenminister Salazar, dass Öl auch zukünftig wichtiger Bestandteil der amerikanischen Energiepolitik bleiben werde. Öl deckte 2008 laut der US-amerikanischen Energy Information Administration (EIA) 38 Prozent des Primärenergiekonsums der USA; 18 Prozent der eigenen Energieproduktion speisen sich aus Öl. Prognosen deuten darauf hin, dass der Gesamtverbrauch von Öl weiter steigen wird; die EIA geht für den Zeitraum zwischen 2008 und 2035 von jährlichen Steigerungen des Ölkonsums um 0,3 Prozent aus.<sup>10</sup> Dieser Trend lässt sich nicht von einem Tag auf den anderen einfach umkehren.

Besonders hoch ist die Abhängigkeit von Öl im Transportsektor. Auch wenn Obama den Einsatz von Biokraftstoffen und die Entwicklung von Elektromobilität ebenso fördert wie den Ausbau des öffentlichen Transportwesens, wird es noch einige Zeit dauern, bis diese ernstzunehmende Alternativen sein werden. Eine radikale Umstellung gerade im Transportsektor würde zudem auf ein Akzeptanzproblem in der Bevölkerung stoßen. Mobilität spielt in den USA eine zentrale Rolle: Aufgrund des dürftigen öffentlichen Transportsystems gerade in ländlichen Regionen und der niedrigen städtischen Dichte im Vergleich zu anderen Ländern ist der Großteil der Amerikaner auf ein eigenes Auto angewiesen, hohe Benzinpreise würden sich sofort auf die Haushaltskassen der Bevölkerung auswirken. Deswegen ist es politisch außerordentlich schwierig, energiepolitische Maßnahmen zu ergreifen, die bemerkbare Preissteigerungen zur Folge haben.

Das eigene Auto ermöglicht die gewünschte Mobilität: steigende Benzinpreise wären kaum vermittelbar

Die Industrie, vertreten durch die National Petrochemical and Refiners Association, läuft Sturm gegen eine Erhöhung der Ölsteuer auf 41 Cent pro Barrel, wie sie der Senat zurzeit diskutiert. Auf wenig Gegenliebe stößt auch die Aufhebung der Haftungsgrenze für Tiefseebohrungen. Versicherungsunternehmen warnten bereits, dass sie sich angesichts der hohen Risiken dann nicht mehr in der Lage sehen könnten, das Offshore-Geschäft zu versichern. Im Kreuzfeuer der Kritik steht jedoch vor allem das temporäre Moratorium für Tiefseebohrungen. Von dem Bohrstopp sind 33 Ölquellen im Golf von Mexiko betroffen; die Ölindustrie ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region. Industrieverbände argumentieren, dass jede Tiefseeplattform 180 bis 280 Arbeiter beschäftigt; jeder dieser Jobs stütze vier weitere Arbeitsplätze in der Ölindustrie. Die National Oceanic Industries Association warnt vor einem Verlust von bis zu 40 000 Arbeitsplätzen. Mit einer aktuellen Arbeitslosenrate

<sup>10</sup> Siehe EIA: Annual Energy Outlook 2010, S. 107, <http://www.eia.doe.gov/oiaf/aeo/pdf/0383%282010%29.pdf>.

von fast zehn Prozent lässt sich damit gut auf Stimmenfang gehen. 32 Ölonternehmen reichten jüngst Klage gegen das einstweilige Bohrmoratorium ein – und bekamen Recht. Das Bundesbezirksgericht in New Orleans hob das Moratorium per einstweiliger Verfügung auf. Der zuständige Richter Martin Feldman schrieb in seiner Urteilsbegründung, dass die Kläger „ohne Zweifel“ beweisen könnten, dass die Entscheidung der US-Behörden „willkürlich“ gewesen sei. „Wenn einige Bohrelemente Schäden aufweisen, ist es dann rational zu sagen, dass alle schadhafte sind?“, stellte der Richter das Moratorium in Frage. Zudem sei die Aufhebung angesichts der wirtschaftlichen Kosten und der drohenden Arbeitsplatzverluste im öffentlichen Interesse. Die Obama-Regierung kündigte Berufung gegen das Urteil an.

### Auswirkungen auf Obamas Klima- und Energiepolitik

Präsident Obama will die USA auf einen kohlenstoffarmen Wachstumspfad führen, seine klimapolitischen Ambitionen sind beachtlich: Die Treibhausgasemissionen der USA sollen bis 2050 um 80 Prozent reduziert werden; der Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix soll bis 2025 auf 25 Prozent steigen, und bis 2012 soll ein bundesweites Emissionshandelssystem eingerichtet werden.<sup>11</sup> Die Regierung hat mittlerweile zahlreiche Regulierungen der Umweltbehörde EPA (Environmental Protection Agency) sowie des Energie- und Transportministeriums verschärft, darunter die Effizienzregelungen für PKW und kleine LKW (Corporate Average Fuel Economy, CAFE), und umfangreich in Forschung und Entwicklung investiert.

Für einen Durchbruch in der Klima- und Energiepolitik ist der Präsident jedoch auf den Kongress angewiesen. Und dafür ist die Ölkatastrophe wenig hilfreich. Das Repräsentantenhaus verabschiedete am 26. Juni 2009 erstmals in der Geschichte der USA ein ambitioniertes Klimagesetz – den American Clean Energy and Security Act (ACES). Im Senat steht eine Entscheidung hingegen

noch aus. Und genau hier liegt das Problem. Um einen Filibuster im Senat zu vermeiden, benötigt Obama 60 Stimmen.

Die Demokraten kommen zusammen mit zwei üblicherweise demokratisch votierenden unabhängigen Senatoren derzeit aber nur auf 59 Stimmen – und von diesen unterstützen

bei weitem nicht alle die klimapolitischen Ambitionen der

Administration. Um die parteipolitischen Gegensätze im Senat zu überbrücken, gab Obama Mitte Februar 2010 bekannt, dass die Regierung für den Bau von zwei Kernkraftwerken im Bundesstaat Georgia eine Kreditbürgschaft in Höhe von 8,3 Milliarden Dollar übernehmen werde. Der größte Trade-off war allerdings die Freigabe ausgewählter Gebiete im Atlantik, im Golf von Mexiko und vor der Nordküste Alaskas für die Offshore-Öl- und Gasförderung Ende März. Was zunächst wie ein kluger Schachzug aussah, scheiterte fulminant.<sup>12</sup> Anstatt

Für einen Durchbruch in der Klima- und Energiepolitik ist der Präsident auf den Kongress angewiesen

<sup>11</sup> New Energy for America, [http://my.barackobama.com/page/content/newenergy\\_more](http://my.barackobama.com/page/content/newenergy_more).

<sup>12</sup> Stormy-Annika Mildner, Gitta Lauster und Edna Dretzka, Brennpunkt Öl, Offshore-Förderung ist politische Sackgasse für Barack Obama, SWP-Aktuell 2010/A 38, Mai 2010.

neue Stimmen zu gewinnen, sprachen sich zehn demokratische Senatoren aus Küstenstaaten vehement gegen eine Intensivierung der Offshore-Förderung aus. Senator Bill Nelson aus Florida drohte gar mit einem Filibuster gegen das Klimagesetz, sollte es mehr Offshore-Förderung zulassen. Gerade unter den Demokraten sind die Einwände gegen Offshore-Förderung nach der Deepwater-Horizon-Katastrophe noch einmal deutlich gestiegen. Hinzu kommt, dass ausgerechnet der einzige republikanische Mitinitiator des neuen Klimagesetzesentwurfs, Lindsey Graham, dem Vorhaben seine Unterstützung entzog. Grund dafür war nicht nur die von den Demokraten vorgezogene Debatte zur Immigrationsreform, welche die Republikaner ablehnen. Der Senator kommt zudem aus dem Küstenstaat South Carolina und fordert daher umfassende neue Sicherheitsstandards, bevor weiter Offshore gebohrt wird.

Der lang ersehnte Klimagesetzesentwurf, den die Senatoren John Kerry und Joe Lieberman im Mai vorlegten, trägt der Stimmungslage im Kongress zwar Rechnung: Der American Power Act gibt den Bundesstaaten das Recht, über die Zulassung von Bohrvorhaben der Bundesregierung souverän zu entscheiden, wenn diese nicht mehr als 75 Meilen vom Ufer entfernt sind. Bislang hatten sie kaum Mitbestimmungsrechte in bundesstaatlichen Gewässern. Zudem enthält der Entwurf einen finanziellen Köder: Die Küstenstaaten sollen 37,5 Prozent der Einnahmen aus der bundesstaatlichen Lizenzvergabe erhalten. Ob diese Zugeständnisse jedoch ausreichen, ist fraglich. Hinzu kommt, dass der Kongress derzeit mit den Anhörungen zur Ölkatastrophe beschäftigt ist, wodurch für die Diskussion des neuen Gesetzesvorschlags kaum noch Zeit bleibt.

Mittlerweile schlug der republikanische Senator Richard Lugar ein Energiegesetz mit noch niedrigerem Ambitionsniveau vor, dem sich sein Parteikollege Graham anschloss. Der Vorschlag setzt vor allem auf eine Verbesserung der Energieeffizienz. Die Einführung eines Emissionshandelssystems ist nicht vorgesehen. Zwar will der Demokrat Harry Reid, Mehrheitsführer im Senat, bis zum Unabhängigkeitstag am 4. Juli ein Klima- und Energiegesetz zur Abstimmung bringen, doch die Chancen stehen alles andere als gut.

Die Aussichten für das Klimagesetz sind durch diese widerstreitenden Interessen im Kongress also nicht besser geworden. Und je näher die Zwischenwahlen des Kongresses rücken (November 2010), desto unwahrscheinlicher wird ein Votum über die auch in der Bevölkerung kontroverse Klimagesetzgebung. Die Hoffnungen auf einen schnellen Wandel in der amerikanischen Klima- und Energiepolitik könnten somit leicht enttäuscht werden. Das Ende des Ölzeitalters liegt nach wie vor in weiter Ferne.



Dr. STORMY-ANNI-KA MILDNER koordiniert den Forschungsschwerpunkt „Konkurrenz um knappe Ressourcen“ in der SWP.



GITTA LAUSTER ist Forschungsassistentin im o.g. Forschungsschwerpunkt der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).